

Antrag 014: Deutschland braucht eine Sicherheitsstrategie

Antragsteller*in:	LFA Internationale Politik (LV Baden-Württemberg)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung mit der Einführung eines nationalen
2 Sicherheitsrates den Weg in Richtung einer strategischen und ganzheitlichen
3 Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik einschlägt. Wir begrüßen weiterhin die
4 von Bundeskanzler Merz geäußerte Absicht zu einer "Außenpolitik aus einem Guss".
5 Was noch fehlt, um die formulierte Absicht handlungsleitend zu machen, ist die
6 strategische Vorausschau.

7 Der Landesparteitag möge deshalb beschließen und die FDP BW fordert, dass:

8 Die Bundesregierung aufgefordert wird, innerhalb des 1. Halbjahres 2026 einen
9 Entwurf zur Neuausrichtung der deutschen und europäischen Außen- und
10 Sicherheitspolitik vorzulegen.

11 Wir Freie Demokraten fordern deshalb:

- 12 • Die Bundesregierung soll Sektoren definieren und in festgelegtem
13 Zeithorizont gezielt Maßnahmen ergreift, um politische Erpressung zu
14 verhindern, auch wenn dadurch in den Markt eingegriffen wird und dies teuer
15 wird. (Beispielhaft seien die Sektoren Energie, Rohstoffe, Medikamente &
16 Automobil genannt)
- 17 • Die Bundesregierung wird aufgefordert auf die EU einzuwirken,
18 Handelsabkommen bis Mitte 2026 fertig zu verhandeln und innerhalb 2026 zu
19 ratifizieren (s. insbes. Merkosur). Neue Möglichkeiten für Abkommen sind zu
20 suchen.

Diese bilateralen Vereinbarungen sollen auch mit Staaten geschlossen
21 werden, die lt. heutigem Stand keine Demokratie in unserem Verständnis
22 verkörpern. Bilaterale Vereinbarungen sollen explizit nicht mit Staaten
23 geschlossen werden, die Deutschland bzw. Europa indirekt bedrohen (Russland
24 / Belarus / Iran / Nordkorea). Stattdessen sollen diesen Staaten Wege
25 aufgezeigt werden, wie eine bilaterale Kooperation zukünftig wieder möglich
26 sein könnte.

- 27 • In unserer eng vernetzten Welt spielen regionale Konflikte (s. Mittlerer
Osten, Sudan, Taiwan, Südamerika) eine international wichtige Rolle. Es
28 wird gefordert, dass regionale Konfliktherde rechtzeitig und noch stärker
29 in den internationalen Fokus rücken und alle Möglichkeiten der Deeskalation
30 eingeleitet werden.
- 31 • Dass unserer Sicherheit im Hinblick Budget & und multinationaler
32 Vereinbarungen allerhöchste Priorität eingeräumt wird; d.h. dass
Verteidigungsausgaben (inkl. hybrider Verteidigung) in ihrer Wichtigkeit an
33 1. Stelle stehen und wir Vereinbarungen (z.B. auch
34 Wirtschaftsvereinbarungen) mit anderen Staaten auch immer unter dem

Blickpunkt Sicherheit betrachten.

- Dass sich Menschenrechte & Grundwerte wieder an dem orientieren, wofür sie einmal gedacht waren und Fehlinterpretationen unterbleiben; d.h. konkret: Wir brauchen eine „Neujustierung / vernünftige Balance,, zwischen „interessensgeleitet und wertegeleitet“ bzw. noch konkreter: das Leid z.B. in Gaza oder im Sudan erfordert eine andere Aufmerksamkeit und Reaktion unsererseits. Wir fordern in diesem Zusammenhang, dass Menschenrechtsverletzungen klar geahndet werden und die "Verletzenden" sanktioniert werden.
- Wir fordern die Rückkehr zur Diplomatie auf Augenhöhe mit den Partnerländern und dass wir im Hinblick unserer Kooperation mit den USA beiderseitig respektvoll miteinander umgehen, unsere ureigensten europäischen Interessen definieren, nachhaltig vertreten und in dieser Hinsicht auch unser Verhältnis zu Drittstaaten definieren.
- Dass außenpolitische Projekte und Projekte der Entwicklungszusammenarbeit klar zugeordnet sind, sich gegenseitig unterstützen und dass Entwicklungszusammenarbeitsprojekte mit klarer Zielsetzung stärker an die lokale Wirtschaft gebunden sind.
- Außenpolitische Themen leiden oft an der Tatsache, dass sie diplomatisch höflich formuliert sind um dann später in der wirklichen Umsetzung zu scheitern oder überproportional abgemildert zu werden. Wir fordern deshalb, dass getroffene Beschlüsse / Sanktionen auch umgesetzt werden und Umgehungsmöglichkeiten eliminiert werden.
- Wie fordern wir, dass abgelehnte Asylanträge in der Praxis umgesetzt werden bzw. diesbezügliche europäische Vereinbarungen gelebt werden.
- Dass eine Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips in Europa in dieser europäischen Legislatur vollzogen ist bzw. eindeutige und verbindliche Schritte (inkl. verbindlichem Zeithorizont) für die Aufhebung des Einstimmigkeitsprinzips beschlossen sind.

Begründung

Eine sich veränderte Geopolitik erfordert die Neuausrichtung der deutschen / europäischen Außenpolitik mit dem Ziel, Abhängigkeiten zu reduzieren und uns den Gestaltungsspielraum wieder zu ermöglichen, den unsere Gesellschaft / Wirtschaft für eine positive Entwicklung benötigt. Die Regierungsform eines Staates ist nicht das einzige Entscheidungskriterium für eine Kooperation. Menschenrechte militärische Ausrichtung bzw. wirtschaftliche Aspekte fließen in eine Entscheidungsfindung immer mit ein.

Deutschland / Europa kann vom Wissenstransfer bzw. -austausch profitieren (s. z.B. Erkenntnisse der Ukraine im Hinblick Drohnentechnologie bzw. positive Impulse aus Städte- bzw. Regionalpartnerschaften)

Insbesondere einige Schwellenländer bzw. solche, die sich mit BRIC assoziieren wollen, suchen enge Kooperationen, ohne sich dabei in eine neue Abhängigkeit nach China oder Russland zu begeben bzw. sich aus der schon existierenden Umklammerung zu lösen.

Darüber hinaus braucht Deutschland / Europa zukünftig starke Partner im Rahmen seiner hoffentlich stattfindenden „ strategischen Diversifizierung „. Im Jahr 2050 wird Afrika voraussichtlich 25 % der Weltbevölkerung stellen und weder Europa, noch Deutschland haben derzeit eine Afrika-Strategie; die Chinesen dagegen seit vielen Jahren schon.

Eine souveräne Haltung von Deutschland / Europa im Hinblick seiner bilateralen Vereinbarungen mit den USA (sei es Zoll oder Ukraine oder auch NATO-Themen incl. deren Beschaffungsprogramme), würde unser Standing auf internationalem Parkett stärken und die Umsetzung europäischer Ziele unterstützen. (Bsp.: Wir sollten uns nicht der Situation aussetzen, die USA fragen zu müssen, welche Strategie wir mit Indien abstimmen).

In der Vergangenheit sind wichtige außenpolitische Themen immer wieder durch den Fokus auf die Innenpolitik zurückgestuft worden. Im Lichte von USA, Ukraine, Gaza, Entwicklungen in Afrika und Fernost, aber auch der Neuausrichtung einzelner Bric- bzw. Bric+-Staaten ist diese Initiative von besonderer Wichtigkeit und Dringlichkeit.

Die Welt ordnet sich neu. Deutschland und Europa sollten versuchen, aktiv ihre Rolle in dieser neuen multipolaren Welt zu suchen. Dabei ist das Einstimmigkeitsprinzip in Europa ein zentrales Hindernis. Wenn es nicht gelingt, die europäische Handlungsfähigkeit zu stärken, ist die europäische Idee weiterhin in Gefahr zu scheitern bzw. die internationale Rolle Europas verbleibt im heute unbefriedigenden Status.